

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Zur Nr. Nachrichten: 20011.

**Bezugs-Gebühr**  
**Anzeigen-Preise.**  
In Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M., die einjährige 77 M. mit Porto. Auf Familienangehörige, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsangeboten, 1spaltige Anz. u. Verträge 25 % Ermäßigung. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 40 Pf.

**Abrechnung und Kontostellen:**  
Bismarckstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.  
Goldschmiedestraße 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße  
J. A. BRUNO  
Kamenzer Straße 27  
**KÖNIG** Telefon 22667

**KIOS**  
**CIGARETTEN**

**Muster-Ausstellung**  
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände

**F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26**  
Fernsprecher: 1331 und 2041

## Briand über die Londoner Verhandlungen.

**Frankreichs Außenpolitik vor dem Senat.**  
Ein englisch-französisches Abkommen. — Der Wiederaufbau Europas. — Deutschland muß zahlen.

Paris, 29. Dez. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen im Senat erklärte heute nachmittag der Reichspräsident Lucien Dubert, die auswärtige Politik Frankreichs müsse offen sein. Die Völker protestieren heute gegen die Geheimnistuerei, die bei der Abfassung des Friedensvertrages von Versailles vorgeherrschte habe. Die Völker wollten wissen, wohin man sie führe. Man verlange keine Diplomatie auf offenem Markt, aber die Regierungen könnten nicht mehr die Politik der vollendeten Tatsachen und der illusorischen Kontrolle betreiben.

Im Verlaufe der Debatte ergriff Senator Ribot das Wort. Er sagte, eine Aussprache über das

**Abkommen von Angora**  
sei nicht opportun. Senator Poincaré sprach die Erwartung aus, daß Briand dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten die Erklärungen geben werde, die er öffentlich nicht geben könne. Briand erwiderte: Da man auf der Tribüne von dem Abkommen gesprochen habe, wolle er alles sagen. Ribot fuhr in seiner Rede fort, er verlange nur einige Auskünfte über die letzten Verhandlungen in London und über die bevorstehende Zusammenkunft in Cannes. Die öffentliche Meinung sei über alles, was die Verhandlungen an Deutschland betreffe, nervös geworden. Deutschland könne zahlen. Die Reparationskommission habe Deutschland zu versichern gegeben, daß sie das wisse, und doch ständen noch Erklärungen aus. Die Pflicht der Regierung sei es nun, zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, wenn Deutschland fortfahre, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Vor allem müsse man wissen, ob England und Frankreich sich einig seien. Werde diese Einigkeit aufrechterhalten, so werde Deutschland nachgeben. Ribot fragte, ob man sich in London mit der Frage beschäftigt habe, was man tun wolle, wenn Deutschland nicht bezahle, und ob man die Reparationsmitglieder mit der ganzen Autorität der Regierungen unterstützen werde. Mir scheint, daß man einen europäischen Kongress zusammenberufen will, auf dem die europäischen Nationen die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt studieren wollen. Man spreche von europäischen Nationen, zweifelsohne, weil auch

**Deutschland und Rußland**  
einbezogen seien. Lloyd George habe eine außerordentlich schmeichele Interzession. Er habe Konferenzen mit den Bankiers und die Götter über die Verhandlungen mit Rußland gewünscht, wieder mit den europäischen Nationen zu verhandeln, aber habe man für den geplanten Kongress einen Plan? Man müsse von England vorher Garantien verlangen und müsse die Sicherheit haben, daß man im Laufe der Verhandlungen nicht im Stich gelassen werde. Wenn Rußland eines Tages wieder aufstehe, so würden Deutschland und Rußland den größten Nutzen davon ziehen. Aber Frankreich könne nicht auf die geplante Konferenz gehen mit einer noch immer unbezahlten und stets bedrohten Schuldforderung. Er könne nicht begreifen, daß die Regierung die Verantwortung übernehmen wolle, an der internationalen Konferenz ohne vorherige Garantien teilzunehmen.

**Ministerpräsident Briand**  
erklärte, ehe er sich über das Abkommen von Angora äußere, wolle er sich offen über die Verhandlungen, die er in London geführt habe, äußern. In Deutschland habe man Lloyd George vorgeworfen, daß er keine Versprechungen nicht gehalten habe. Die gleichen Einwände habe die englische Presse erhoben. In der französischen Presse habe er dagegen nach seiner Rückkehr Bemerkungen im entgegengegesetzten Sinne gelesen. In der Kammer habe er sich ausgesprochen, weil in den Bandenbüchern das Gerücht verbreitet gewesen sei, er habe einige der

**Sicherheiten am Rhein**  
aufgehoben. Nach dieser Richtung sei das Land sehr empfindlich. Es sei deshalb nötig gewesen, daß diese Gerüchte auf der Kammertribüne niedergeschlagen würden. Auch er habe in London erklärt, daß das Reparationsproblem die Lage Frankreichs beherrsche, und seine ersten Worte an Lloyd George seien gewesen:

**Frankreich muß bezahlt werden.**  
Es muß wiederhergestellt werden. Wenn Opfer gebracht werden müssen, müssen sie andere bringen. Lloyd George habe eine internationale Anleihe ins Auge gefaßt, durch die Frankreich sofort hätte Vorstöße erhalten sollen. Er habe diesen Gedanken aufgeben müssen, weil gewisse günstige Umstände nicht eingetreten seien. Es sei dann die Frage im Jahre 1922 geprüft und festgestellt worden, daß Frankreich nicht einen Centimes Opfer bringen solle. Aber da die Frage auch Belgien und Italien angehe, so sei beschlossen worden, daß vor der Zustimmung der anderen interessierten Staaten nichts Endgültiges beschlossen werden solle. Ribot habe von einem

**großen Wiederaufbauplan Europas**  
gesprochen. Alle Welt sei einig, daß das nur mit Hilfe aller reichen Völker, und daß ein verächtliches Unternehmen Schwierigkeiten und Gefahren in sich birge. Aber die internationale große Konferenz unter Beteiligung Deutschlands und Rußlands sei noch nicht einberufen. Eine Regierung, die dieses Namens würdig sei, müsse ihren Blick in die Zukunft richten. Rußland sei kein

Land, das man vernachlässigen könne. Rußland dürfe nicht unter die wirtschaftliche Herrschaft eines anderen Landes fallen, der dann bald auch die politische Beherrschung folgen würde. Frankreich könne sich der Wiederanrichtung von Mittel- und Osteuropa nicht entziehen. In London sei beschlossen worden, daß dieses Werk nur durch ein

**englisch-französisches Abkommen**  
ausgeführt werden könne. Man werde davon in Cannes reden. Was die Anwesenheit Rußlands und Deutschlands bei einer wirtschaftlichen Konferenz anlangt, so sei die Frage noch nicht entschieden. Wenn aber Deutschland aus der Wiederanrichtung Rußlands Nutzen ziehen und diesen den Reparationszahlungen angute kommen würde, so würde das keine schlechte Operation sein. (W. L. B.)  
Die Sitzung dauert fort.

## Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 29. Dez. Die Reparationskommission hat heute abend folgende Mitteilung ausgegeben: Die Reparationskommission hat heute nachmittag 4 Uhr, wie bereits angekündigt wurde, die Vertreter der deutschen Regierung, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Regierungsrat v. Derges empfangen. Die deutschen Delegierten richteten an die Reparationskommission die Frage, ob sie es für nötig halte, eine **dringliche Antwort** auf den Brief vom 16. Dezember 1921 zu erhalten. Die Kommission antwortete, daß die deutsche Regierung allein über die Zweckmäßigkeit zu entscheiden hätte, die es für sie geben könne, auf den Brief der Reparationskommission vom 16. Dezember sofort oder später zu antworten, jedoch könne die Forderung auf Zahlungsausfall, die von der deutschen Regierung in ihrem Briefe vom 14. Dezember gestellt worden sei, bevor sie nicht die in ihrem Briefe vom 16. Dezember angegebenen näheren Auskünfte erhalten habe. Die deutschen Delegierten haben ab dann die Reparationskommission, die weiteren Verhandlungen bis morgen oder übermorgen aufzuschieben.

## Rathenaus Pariser Mission.

Paris, 29. Dez. Dr. Walter Rathenau ist heute nachmittag in Paris angekommen. (W. L. B.)  
Paris, 29. Dez. Der Berliner Reichspräsident hat dem Reich zwar nicht offiziell nach Cannes eingeladen wäre, daß es jedoch als sicher ersehe, daß auch Deutschland in Cannes während der ganzen Dauer der Konferenz einen offiziellen Repräsentanten haben werde, der bereit wäre, beim ersten Anruf einzuspringen. Wenn bis dahin die Ergebnisse der allierten Konferenz den deutschen Erwartungen entsprechen, werde Rathenau wahrscheinlich auch das **Wiederaufbauminiesterium** wieder übernehmen. Ueber den Charakter der Verhandlungen, die während der Pariser Anwesenheit Rathenaus stattfinden, teilt das „Journal“ mit, es handle sich in der Tat um direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und der Reparationskommission, die aus dem Rahmen des Wiederaufbaus Ausschusses herausdräten und des Charakters der großen Politik trügen. In Paris ansieht dieser Ereignisse wäre Rathenau nach Paris gereist.

## Die Einleitung zur Pariser Vorkonferenz.

(Eigene Drahtberichte der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 29. Dez. Loucheur wird heute abend im Hotel Crillon einem Diner präsidieren, an dem die englischen und französischen Geschäftsmänner eingeladen sind, die an der Pariser Vorkonferenz teilnehmen werden. Diese Konferenz wird morgen nachmittag 3 Uhr im Außenministerium eröffnet werden.

London, 29. Dez. „Daily Express“ erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß die englischen Geschäftsmänner der Pariser Vorkonferenz den Plan für die Gründung eines internationalen Finanzkonföderationsunternehmens unterstützen werden, um das Vertrauen in den Handel Mittel- und Osteuropas wieder herzustellen. Das nötige Kapital würde von allen an diesem Plan interessierten Ländern aufgebracht werden. Nach einer anderen Meldung wird sich die Pariser Vorkonferenz mit dem Ziel beschäftigen, den verarmten Ländern Mittel- und Osteuropas die nötigen Waren zu liefern und die dort darüber liegende Industrie wieder aufzurichten.

## Eine gecheiterte interparlamentarische Konferenz.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 29. Dez. Wie wir erfahren, hatte Dr. Stresemann an die Fraktionsvorsitze der Reichstagsparteien die Einladung zu einer Besprechung interparlamentarischer Art in Amsterdam ergothen lassen. Dr. Stresemann hatte die Absicht, dort mit einem englischen Politiker Besprechungen über die Reparationsfrage zu führen. Auf diese Einladung, die ohne Kenntnis des Reichstags eintrug, hat die Sozialdemokratische Partei in ablehnendem Sinne geantwortet. Die Führer desentrums werden heute abend mit dem Reichstagspräsidenten zu dieser Einladung Stellung nehmen. Es wird erwartet, daß auch sie eine ablehnende Antwort erteilen werden, so daß die Konferenz als gescheitert angesehen werden dürfte.

## Die phantastischen Post- und Eisenbahn-Preise.

„Geheiligte innerpolitische Aktivität“ künzte der Reichsfiskus unter dem Entdeckdruck nach dem Scheitern der Kreditversuche Rathenaus an, und zu seinem Schrecken mußte das selbst regierende souveräne Volk erfahren, daß sich diese geheiligte Aktivität bisher fast ausschließlich auf die Festsetzung geradezu ungeheurer Verkehrsstarke beschränkte. Der Wettlauf zwischen den Tarifserhöhungen und den Ausgabensteigerungen, zwischen der Heraufsetzung der Post- und Frachttarife und der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat zu einem tiefen Sinken der Tarife geführt, dem ein Steigen aller Warenpreise in beschleunigtem Tempo mit Notwendigkeit folgen muß. Sind das die Anfänge kaufmännischer Betriebsführung, von der in letzter Zeit auch von Regierungsseite so viel gesprochen wird? Dann mag ein gültiges Verdict uns vor einer weiteren Betätigung eines derartigen kaufmännischen Geistes bewahren. Niemand wird in einem kaufmännischen oder industriellen Betriebe auf den Gedanken kommen, die Sanierung eines finanziell heruntergewirtschafteten Unternehmens mit einer Erhöhung der Preise zu beginnen, sondern überall wird man sein Augenmerk zunächst darauf richten, wie der Betrieb am billigsten arbeitet, wie an Ausgaben gespart und die notwendigen Kräfte am rationellsten verwertet werden können. Das hätte man zum mindesten auch von den Verkehrsunternehmen des Reiches erwarten können. Seit war genug vorhanden. Seit Jahren schleppt das Reich das Bleigewicht der Betriebskosten durch den Haushalt. Seit Monaten fordert die deutsche Presse, was für jede Regierung, besonders aber für eine, die den erfüllungsphantastischen Optimismus der Milliarden-Kaufmännerei für die Reparation zu ihrem leitenden Grundgedanken gemacht hat, eine unbedingte Notwendigkeit gewesen wäre. Geschehen ist nichts. Freilich mit Reorganisationsmaßnahmen, die bei den Gewerkschaften und einem großen Teil der Beamten unpopulär sein müssen, läßt sich in den Reihen der Sozialisten, für die Dr. Wirth so viel Liebe aufbringt, nicht freiben gehen. Aber jetzt drängt die Entente, droht wieder einmal das Samoltschwert der Sanitionen, die abgemahnt zu haben Dr. Wirth als seinen größten Erfolg durch den Tod, und da soll alles über die Räder gedreht werden. Die Verkehrsbetriebe sollen länger und länger werden durch ein Postenscheitern, das alles andere als eine sichere Grundlage hat. Es ist ja so einfach, gegenüber der Defizitlast einen Ablenkungsakt zu finden, mit dem man die geltenden Tarifsätze multibiligieren muß, um auf eine glatte Rechnung zu kommen.

Aber die Rechnung stimmt nur solange, als der Verkehr auch tatsächlich auf derselben Höhe bleibt und die allgemeinen wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse sich nicht verschlechtern. Das aber muß unbedingt eintreten. Wenn heute der Satz für einen einfachen Brief von 60 Pfennigen auf 2 Mark, also um mehr als das Dreifache erhöht wird, so bedeutet das das Ende aller derjenigen Briefe, die nicht unbedingt geschrieben werden müssen, und wenn die Eisenbahn nach der 80prozentigen Erhöhung am 1. Dezember am 1. Februar ihre Sätze noch einmal um 75 Prozent steigert, so müssen dadurch Post- und Ausnahmefahrten für weite Bevölkerungskreise ganz unterbleiben, für andere gewaltig eingeschränkt werden. Auch die Abwanderung in die unteren Klassen, die jede Tarifserhöhung im Gefolge gehabt hat, wird bisher wie gekannte Formen annehmen. Neben das Erscheinungen sein, die die Regierung in Kauf nehmen zu müssen glaubt, so muß das ganze Gebäude der zahlenmäßigen Angleichung von Einnahmen und Ausgaben ins Wanken geraten, wenn infolge der ungeheuren Fracht- und Portoerhöhungen die Warenpreise und die Kosten der Lebenshaltung steigen und die Verkehrsbetriebe wiederum die Höhe und Gehälter des Meinenheeres ihrer Angestellten erhöhen müssen, wenn sich ein neues Defizit anstelle des eben zugestopften auftut. Meant wird die Notwendigkeit von Tarifserhöhungen abgesehen, niemand kann aber auch verhindern, daß eine Sanierung der Verkehrsbetriebe nicht durch Ansetzen der Tarifschränke allein erfolgen kann, sondern daß eine innere Reform die erste Voraussetzung ist. Erhöhte Tarife bei verschlechterten Leistungen führen nicht zur Gesundung, sondern nur immer tiefer in den Abgrund.

Es soll nicht verkant werden, daß bei der Eisenbahn, dank dem kräftigen Anstoß, den die Industrieforderungen als Grundlage für ihre Anteilbereitschaft gaben, manche Reformansätze zu erkennen sind, wie überhaupt durch die Eisenbahn infolge planmäßiger und zielstrebiger Leitung ein fröhlicher Zug geht, als durch die Reichspost. Es muß auch ausgesprochen werden, daß die ungeheuren Anforderungen des Krieges an das Eisenbahnmateriale ein gut Teil zu dem gewaltigen Defizit beigetragen haben. Von einer inneren Gesundung aber sind wir noch weit entfernt. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, daß ein paar Prozentage, die die Wasserwege für den Transport gesperrt haben, das ganze Eisenbahngetriebe ins Wanken gebracht haben, daß die Schwierigkeiten unserer Kartoffel- und Kohlenversorgung anerkanntermaßen in erster Linie auf die mangelhafte Wasserversorgung zurück-